

Frauenbeauftragte gegen Einsparungen und Umstrukturierungen: „Geht die Frauenpolitik in Niedersachsen baden?!“ Veranstaltung am 19. November im Stader Schwimmbad

„Geht die Frauenpolitik baden?!“, das ist der Slogan vieler Veranstaltungen, die in diesem Herbst und Winter in ganz Niedersachsen landauf und landab auf die negative Entwicklung in der niedersächsischen Frauenpolitik hinweisen werden. Die Idee zu einer Veranstaltung unter diesem Motto ist in Stade entstanden. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbeauftragten hat diese Idee übernommen und sucht aus dem Grunde das Gespräch mit der Sozialministerin Ursula von der Leyen.

Die Auftaktveranstaltung für den gesamten Regierungsbezirk Lüneburg soll am 19. November um 18.30 Uhr in Stade im SOLEMIO-Bad stattfinden.

An diesem Abend in Stades Schwimmbad geht es in einer Talkrunde um die Frauenpolitik. Dazu ist die Sozialministerin Ursula von der Leyen eingeladen. Frauen aus diversen Einrichtungen und Netzwerken in und um Stade werden ihre Statements abgeben.

Nach dem ernsten Teil gibt es einen Kabarett-Auftritt von dem „Duo Hin & Weg“ aus Rotenburg. Danach startet das gemeinsame Ins-Wasser-Gehen. Als Eintrittskarten gibt es Rettungsringe mit der Aufschrift „Mit-einander gegen den Strom!“ und „Rettet die Frauenpolitik!“, mit denen die Besucherinnen und Besucher symbolisch die Aufgabe übertragen bekommen, einen Beitrag zur Rettung der errungenen Rechte für die Gleichstellung von Mann und Frau zu leisten.

Hintergrund der gesamten Aktion ist die Sorge vieler kommunaler Frauenbeauftragten in Niedersachsen und politisch interessierter Frauen, dass die CDU/FdP-Landesregierung die errungenen Rechte und Strukturen, die Frauen fördern und wichtige Bausteine für die Gleichstellung sind, abbaut. Auch unter der SPD-Landesregierung waren bereits einige Projekte der Sparpolitik zum Opfer gefallen.

Zu den Einsparungen im Bereich des Sozial, Jugend- und Frauenministeriums unter der Ministerin Ursula von der Leyen, gehören z.B. die Kürzung des Frauenprojekte-Topfes, die Streichung der landesweiten Aktionswochen, die Kürzungen im Bereich der Mädchenprojektmittel, z.B. der Fördertopf im Bereich der IT-Qualifizierung für Mädchen: www.mädchen@niedersachsen.de, die Reduzierung der Mittel um 50 bis 65 für die bestehenden Mädchenhäuser in Niedersachsen. All diese Maßnahmen wurden und werden begründet mit der miserablen Haushaltssituation des Landes.

Aktuell steht weiterhin auf dem Programm der Landesregierung, den niedersächsischen Frauenserver www.FrauenOnlineNiedersachsen.de einzustellen.

Hinzu kommt die Novellierung des sogenannten Frauenbeauftragten-Gesetzes, die vorsieht, dass Frauenbeauftragte auch in Städten und größeren Gemeinden – je nach politischem Willen der Räte – auch ehrenamtlich beschäftigt werden können.

Die Frauenbeauftragten befürchten den Zusammenbruch vieler notwendiger regionaler Vernetzungsstrukturen. Dazu könnten z.B. die vielen Netzwerke häuslicher Gewalt gehören, in denen Polizei, Justiz, Beratungseinrichtungen, Jugendämter und Sozialämter sowie Frauenbeauftragte zusammenarbeiten, um die Beratungs- und Schutzangebote für Frauen und ihre Kinder vor Ort zu optimieren.

Frauen sind noch lange nicht gleichberechtigt, das belegen folgende Zahlen, die nicht nur für Niedersachsen Gültigkeit haben:

- Frauen in Niedersachsen verdienen im produzierenden Gewerbe 67 % des Lohnes ihrer männlichen Kollegen. (Stand 1999)
- 18,4 % der Mandate in den Räten der kreisangehörigen Gemeinden haben Frauen in Niedersachsen inne.
- 5% Frauen sind in deutschen Unternehmen und in der Industrie im Top-Management, im mittleren Management 14% und im unteren Management 19% (in der EU 28%) (Stand 2003)
- 40 % der deutschen Frauen haben körperliche und / oder sexuelle Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erfahren. (Stand 2004)
- Von 100 unter dreijährigen Kindern haben in Schweden 48 einen Krippenplatz, In Frankreich 29 und in Deutschland 10, davon in Westdeutschland 2.
- Frauen haben weltweit einen Anteil von 27% am Erwerbseinkommen, 1% am Vermögen, leisten aber 67% der gesamten unbezahlten Arbeit.

Die Gleichstellung der Geschlechter hat Verfassungsrang, denn sie ist im Grundgesetz, aber auch in der Niedersächsischen Verfassung verankert, sagen die Frauenbeauftragten und fordern stattdessen eine Aufwertung der frauenpolitischen Arbeit.

38 % aller Haushalte sind auf zwei Gehälter angewiesen; für 60 % der Frauen in Führungspositionen ist Kinderlosigkeit das Eintrittsbillet für die Karriere. Die demografische Entwicklung zeigt deutlich eine Überalterung der Gesellschaft und eine Abnahme der Geburten. Eine erfolgreiche Frauenpolitik kann dagegen steuern!

Frauen und Männer, die sich dafür stark machen wollen, dass die niedersächsische Frauenpolitik nicht baden geht, sind herzlich eingeladen, am 19.11.04, um 18.30 Uhr nach Stade zu kommen!